

Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat¹

Vor etwa 500 Jahren entstehen im Verlauf der »Entdeckungen« und Eroberungen zeitgleich der moderne Nationalstaat² und das kapitalistische Welt-system. Die »europäische Rationalität der Weltbeherrschung« tritt ihren vernichtenden Siegeszug gegen die konkurrierenden Rationalitäten und Kulturen auf anderen Kontinenten an. Nationalität, Globalität und Rationalität sind drei Seiten des gemeinsamen kapitalistischen Entwicklungsmodells. Die Verteidiger der Souveränität (von Bodin im 16. Jahrhundert bis zur realistischen Schule der Theorie internationaler Beziehungen heutzutage - vgl. den Überblick bei Scherrer 1994) gelangen zu ihrem Gegenstand ja erst, seitdem sich Staaten innerhalb des größeren »Weltsystems« aufeinander als Nationalstaaten (im Plural) beziehen können. Souveränität, die Charakteristik jedes modernen Nationalstaats (im Singular), definiert sich nach innen und nach außen, und zwar als die Macht, Grenzen zu setzen und im so geschaffenen souveränen Herrschaftsraum für »Ordnung« zu sorgen. Die am Ende des »langen 16. Jahrhunderts« (Braudel 1986) aus der Taufe gehobene »westfälische Ordnung« (Miller 1994) konnte noch nach der Regel funktionieren: *cujus regio, ejus religio*. Die Nationalstaaten waren die *dramatis personae*, die in der ökonomisch grenzenlosen globalen Ordnung den unschuldigen Erdenbürger oder den kosmopolitischen Wirtschaftsbürger in die nationale Uniform des jeweiligen Staatsbürgers stecken konnten.

Doch Carl Schmitts Pointe: *cujus regio, ejus economia* ist bereits eine Illusion, die allerdings politische Konzepte beflügeln kann. Während Politik das Setzen (und Verteidigen) von Grenzen durch die Inszenierung der Staatsmacht nach innen und außen bedeutet, verkörpert das ökonomische Prinzip von Markt- und Geldwirtschaft Grenzenlosigkeit in Zeit und

¹ Überarbeitetes Manuskript von Vorträgen an den Universitäten Brasília, Belo Horizonte, Porto Alegre, Curitiba auf Einladung der örtlichen Goethe-Institute im September 1994.

² Wenn man heute von »Nationalstaat« spricht, ist man vor Mißverständnissen nicht gefeit. Ursprünglich war der Nationalstaat vor allem als Territorialstaat bestimmt, erst im 19. Jahrhundert wird der Territorialstaat als eine Art Gefäß, in dem eine geschichtlich erklärte Nation haust, uminterpretiert. Im folgenden Text wird der Begriff »Nationalstaat« gänzlich ohne die wehevollen Konnotationen benutzt, die ihm inzwischen wieder beigelegt werden. Auf die in dieser Deutung angelegten Gefahren wird noch hinzuweisen sein.

Raum: die Akkumulation von Kapital in der Zeit wird aus immanenten Beweggründen niemals »genug« haben, die Expansion von Kapital im Raum macht aus innerer Einsicht keinen Halt. Unter den stets wirksamen Tendenzen der »Vereinheitlichung und Fragmentierung« des internationalen Systems (Mistral 1986) hat die Fragmentierung nach dem Ende der Übersichtlichkeit des »Systemwettbewerbs« Oberhand gewonnen (Bonder, Röttger, Ziebura 1993). Der Nationalstaat erscheint nicht mehr als positiver, geschützter »Bereich« einer nationalen Identität, aus der heraus der letzte Souverän, das Volk, den Staat und dessen Repräsentationsorgane mit souveräner Macht nach außen gegenüber anderen Nationalstaaten im internationalen System ausstattet, sondern als negative Schranke der »vier Freiheiten« (des Handels, des Kapitalverkehrs, der Dienstleistungen und der Migration) und damit der uneingeschränkten Herrschaft des »capitalisme généralisé« (Beaud 1994).

Das ist die eine Seite. Die andere, derzeit in Wettbewerbs- und Standorttheorien schwelgende Seite nimmt Carl Schmitts »terrible simplification« des *cujus regio, ejus economia* für bare Münze und erhebt sie zum Kleingeld der neueren Theorien zur »Wettbewerbsfähigkeit von Nationen«:³ Wie müssen Distrikte, Regionen, Nationen sich ökonomisch, politisch und kulturell ausstatten, um innerhalb des kapitalistischen Weltsystems territorial gebunden »systemische Wettbewerbsfähigkeit« der Region oder Nation gegenüber anderen Regionen und Nationen erringen zu können? Die Kriterien hierfür werden von einem »äußeren« Weltmarkt vorgegeben, dessen Funktionsbedingungen freilich die Analyse der Wettbewerbstheoretiker nicht belasten; Politik ist die gekonnte und souveräne Reaktion auf die äußeren Restriktionen mit der Maßgabe, auf allen territorial abgesteckten funktionalen Ebenen (auf der Meta-, der Makro-, der Meso- und der Mikroebene) besser zu sein, zu bleiben oder zu werden als die anderen. Bei der Identifikation der »Determinanten systemischer Wettbewerbsfähigkeit« kann man schon einmal ins Schwärmen geraten und im Eifer des Gefechts vergessen, daß im Falle des Erfolgs der von Marx so bezeichneten »propagandistischen Tendenz« des Kapitals, den Weltmarkt herzustellen, ein gutes Stück nachgeholfen wird: »Die Bourgeoisie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde«, heißt es im *Kommunistischen Manifest*. Wenn Wilhelm Röpke »das eigentliche Motiv des modernen Protektionismus« in der »Furcht vor der Konkurrenz des Auslandes« erblickt (Röpke 1945: 191), so führt heute eben die »allgemeine Konkurrenzangst« (ebd.) nicht mehr zur nationalstaatlichen Einigelung, sondern zu Maßnahmen eines

³ Vgl. stellvertretend Porter (1990) und den mit der Absicht der Politikberatung geschriebenen Überblick von Eßer, Hillebrand; Messner; Meyer-Stamer (1994).

»dynamischen Protektionismus«: Schutz vor der Konkurrenz durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im geo-ökonomischen Raum. Dieser wird aber als »Sachzwang« gerade dadurch erzeugt, daß man nach seiner strengen Zuchtrute takten muß.

Die Dissipation des Politischen in der »Geo-Ökonomie«

Die augenscheinlichste Veränderung, die sich seit Anfang der 70er Jahre vollzieht, ist also das »Absterben«, wenn schon nicht des Staates mit seinem regulierenden und repressiven Institutionensystem, so doch des Nationalstaates - jener Einheit des Systems der internationalen Beziehungen, die über territoriale Souveränität verfügt und den vergesellschaftenden (und vergemeinschaftenden), sowohl normativen als auch pragmatisch-praktischen Rahmen für die Handlungen und wechselseitige Anerkennung der dazugehörigen Staatsbürger umschreibt. Der Verlust positiver Nationalstaatlichkeit und die »Gefangennahme in der Weltökonomie« (Narr/Schubert 1994: 147) ist möglicherweise weniger augenfällig in großen Territorialstaaten wie Kanada, den USA oder Brasilien und Rußland⁴. Die Tendenz tritt aber im europäischen Kontext und im Falle kleinerer Länder in der Welt schlagend hervor, wenn auch in höchst paradoxer Weise. Denn weder verschwindet mit der Erosion des Nationalstaats der Staat, noch werden die »Anrufungen« des Nationalen schwächer. Vielmehr vollzieht sich eine Transformation des souveränen Nationalstaats: Im Zuge der umfassenden Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft ist dem Nationalstaat die monopolistische Herrschaft über den territorialen Raum abhanden geraten, auf den sich traditionellerweise die Staatseigenschaft der Souveränität und ihre Fähigkeit zur Ein- und Ausgrenzung sowie zur Gestaltung des Raums in der Zeit beziehen.

Auch wenn der territoriale Raum nicht mehr die Souveränitätseigenschaft begründet, bleibt doch der »funktionale Raum« nationaler Hegemonie (dazu Altvater 1987), der nun im »new trading state« (Rosecrance 1986) oder im nationalen »Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1994) reorganisiert wird. Hier treffen wir sofort wieder auf altbekannte Unterscheidungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Denn diese Wendung ist exklusive Option für die ökonomisch und politisch stärkeren Nationalstaaten der »Triade«. Die Entwicklung nach dem Ende des Systemkonflikts gegen Ende der 80er Jahre weist, wie Edward Luttwak (1994; 36ff) ausführt, von der »Geopolitik« zur »Geo-Ökonomie«. Der politische Nationalstaat ver-

⁴ Krugmans Kritik des Konzepts von der dem Nationalstaat zugeschriebenen Wettbewerbsfähigkeit (Krugman 1994) trifft für große Territorialstaaten zu, nicht aber für kleine oder sehr stark außenwirtschaftsabhängige Staaten .

liert an Bedeutung, während die ökonomischen Aufgaben des Staates in der suprastaatlichen Geo-Ökonomie zunehmen. Nur Länder können in dieser Arena mitwirken, »die den Krieg untereinander ausgeschlossen haben«, statt dessen aber in internationalem Wettbewerb danach streben, »möglichst viele hochqualifizierte Arbeitsplätze in High-Tech-Industrien und anspruchsvollen Dienstleistungsbranchen zu schaffen...« (Luttwak 1994: 45f), also innerhalb des durch den globalen Wettbewerb definierten Raums komparative Vorteile gegenüber anderen (nationalstaatlichen) Akteuren zu realisieren. Das Koordinatensystem staatlicher Einflüsse wird nicht mehr durch den nationalen Raum umschrieben, sondern durch den Weltmarkt. Die Ausgangsbedingungen sind bereits festgelegt. Hochqualifizierte Arbeitsplätze in High-Tech-Industrien sind nur eine Perspektive für Länder mit einer Mindest-Faktorausstattung. Die Grenzen des staatlichen Operationsgebiets werden nicht mehr durch politisch souveräne Akte abgesteckt und verteidigt. Die auf den Nationalstaat bezogenen Projekte diffundieren auf einem Globus, dessen Entfernungen - in Zeitquanten ausgedrückt - von Jahren und Monaten auf Stunden, ja auf Sekunden zusammengeschmolzen sind.

Der Übergang zum nationalen Wettbewerbsstaat in der neuen Geoökonomie läßt sich besonders deutlich zeigen, wenn die Ausgangssituationen zuvor beschrieben werden. Die Tiefe der Veränderung läßt sich erahnen, wenn die drei großen nationalstaatlich organisierten Entwicklungsprojekte dieses Jahrhunderts untersucht werden. Die »Planung im fortgeschrittenen Kapitalismus«, im »rückständigen Kapitalismus« und die »Planung im Sozialismus« (Baran 1968) ist gescheitert, weil der Nationalstaat als Subjekt der Planung innerhalb des geoökonomischen Raums einen tiefen Funktionswandel vollzogen hat⁵.

... im Osten...

Selbst der Zusammenbruch des realen Sozialismus in den Ländern Osteuropas hat mehr mit dem Verlust der nationalstaatlichen Steuerungsfähigkeit sozialer und ökonomischer Prozesse zu tun, als mit dem individuelle

⁵ Jan Tinbergen hat in seiner Schrift über »Modelle der Wirtschaftsplanung« darauf hingewiesen, daß die nationale Planung supranational abgesichert werden müsse. Er diskutiert das GATT, die OECD, die EWG und den IWF unter dem Aspekt, »daß eine Reihe von Instrumenten der Wirtschaftspolitik nur auf supranationaler Ebene angewandt werden können« (Tinbergen 1967: 189). Hier werden regulierende Institutionen mit Planbehörden identifiziert. In den 90er Jahren mutet diese Darstellung aus den 60er Jahren seltsam an, da ja die von Tinbergen aufgeführten internationalen Institutionen den Wettbewerb regulieren und dabei der Ideologie und Praxis des Freihandels verpflichtet sind. Es ist manchmal gut, sich der historischen Koordinaten zu versichern, wenn man bestimmte Begriffe benutzt.

Wahlhandlungen beschränkenden sozialen und ökonomischen Funktionsmodus einer »sozialistischen Gesellschaft«. Paradoxerweise interpretierte sich der politische Sozialismus immer international, verfolgte lange Zeit das Lenin'sche und Trotzki'sche Ziel der Weltrevolution, mußte sich aber dann doch international isoliert in die Stalin'sche Festung des »Sozialismus in einem Lande« zurückziehen und den »sozialistischen Nationalstaat« aufbauen - ein Widerspruch in sich. Die Ausrufung des »Systemwettbewerbs« schon seit den 20er Jahren in der Sowjetunion (»dogmat' i peregnat'«) und dann in den 50er Jahren erneut durch Chrustchow und Ulbricht erwies sich als Wegweiser in eine selbstgestellte Falle. Die Darstellungen eines »sozialistischen Weltwirtschaftssystems« als Resultat des »Wirken(s) der objektiven Tendenz zur immer stärkeren Internationalisierung des Wirtschaftslebens und der Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung« (Autorenkollektiv 1967: 245) sind historisch dementiert worden.

Die zentrale Planung seit 1928 (nach den früheren Versuchen unter dem Gosplan) und die Verstaatlichung/Enteignung des privaten Landbesitzes (die Vernichtung der »Kulaken«) wurden gerade in jener Phase in die Wege geleitet, als die große Krise in den kapitalistischen Ländern ausbrach, den Weltmarkt zum Zusammenbruch brachte und in einigen europäischen Ländern, vor allem in Deutschland, das demokratische System zerstörte. Der Nationalsozialismus konnte in der gesellschaftlichen Krise die politische »Macht ergreifen«; er ging sogleich daran, die Grenzen für das »Volk ohne Raum« aggressiv zu revidieren. Möglicherweise ist der Übergang zur nationalstaatlichen sozialistischen Planung, die Krise des kapitalistischen Weltmarkts und die nationalsozialistische aggressive Autarkiepolitik nur eine historisch kontingente Koinzidenz. Doch wurden durch die sowjetische Alternative zum krisengeschüttelten kapitalistischen Marktssystem die kommunistischen Bewegungen außerhalb der Sowjetunion, viele nicht-kommunistische Intellektuelle und Politiker in aller Welt tief beeindruckt und beeinflußt. Selbst Keynes bezog sich explizit im letzten Kapitel der *General Theory...* auf die »Gefahr«, die er in der Gleichzeitigkeit eines erfolgreichen Rußland und eines krisenhaften Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit erblickte. Daraus ergab sich die politische Begründung für eine antizyklische Politik der Vollbeschäftigung (Keynes 1936). Auch Roosevelts »New Deal« stellte eine amerikanische Antwort auf die sowjetische Herausforderung jener Zeit dar und gab den Tendenzen der Herausbildung der fordistischen Regulationsweise (Massenproduktion plus Massenkonsumtion) einen kräftigen, bis weit in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg nachwirkenden Impuls.

Das sowjetische Plansystem mit seinem Außenhandelsmonopol war nichts

anderes als ein zunächst recht effizientes Modell nachholender Industrialisierung mit Importsubstitution im nationalen Raum, also mit einer bewußten Dissoziation vom kapitalistischen Weltmarkt. Genau darin - hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Verteilungsgerechtigkeit - bestand ja über lange Zeit die Attraktivität des Modells, die es aber einbüßte, als die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich änderten und den weltmarktoffenen Ländern Vorteile gegenüber den anderen »geschlossenen Gesellschaften« verschafften. Die Standards im »halben Fordismus« der real-sozialistischen Länder wurden vom »vollständigen Fordismus« in den westlichen Industriegesellschaften vorgegeben und konnten in der nationalen Abgeschlossenheit trotz größter Anstrengungen, zu denen die Partei- und Staatsführung regelmäßig Kampagnen inszenierte, doch nicht erreicht werden (dazu: Murray 1990). Als die Öffnung zum Weltmarkt unvermeidlich wurde, konnte das nationale Projekt des Sozialismus nicht mehr aufrechterhalten werden. Doch die »Weltrevolution«, auf die dieses Projekt ursprünglich orientierte, war weiter entfernt als zuvor. Die Vernunft, der die zentrale Planung in den sozialistischen Ländern seit Ende der 20er Jahre Ausdruck geben sollte, hat mit der Auflösung des nationalen Raums ihren Ort verloren. Die ökonomische Planung ebenso wie die politische Verwaltung wurden schlicht »unvernünftig«, waren für die Menschen nicht mehr einsichtig, zumal sie sich angesichts der Weltmarktwirklichkeit leicht an anderen, überzeugenderen Standards orientieren konnten und obendrein noch durch die offensichtliche Ineffizienz der Arbeit trotz permanenter Produktivitätskampagnen frustriert wurden; dazu hat Rudolf Bahro (1977) Gehaltvolles geschrieben. Partei und nationaler Staat waren schließlich außerstande, die Mentalität und Borniertheit der Wagenburg zu überwinden, als dies im Zuge der ökonomischen Globalisierung und politischen Öffnung (im Zusammenhang des KSZE-Prozesses in Europa) immer notwendiger wurde. Das Schicksal ist bekannt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

...im Westen...

Aber der Weltmarkt erwies sich auch im Westen gegenüber nationalstaatlichen Projekten politischer Steuerung als stärker. Gemeint ist die schon oft analysierte »Krise des Keynesianismus«, die in dem Moment ausbrach, als die westlichen Industrieländer der staatsinterventionistischen Steuerung am meisten bedurft hätten: in der ökonomischen Krise Mitte der 70er Jahre, in der die überwunden geglaubte Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit zurückkehrte⁶. Doch anstatt nun keynesianisch-antizyklisch das Instrument

⁶ Man erinnere sich an die Debatten der frühen 60er Jahre über das »Ende des Konjunkturzyklus« und die ewige Prosperität. Auch die »Modernisierungstheorien« lebten von der

der effektiven Nachfragesteigerung einzusetzen, ließen sich selbst sozialdemokratische Regierungen (z. B. in der BRD) von der »neoliberalen Konterrevolution«, wie Milton Friedman (1976) stolz den beginnenden Siegeszug von Monetarismus und Neoklassik bezeichnete, überrollen. Die Bundesbank hatte schon zuvor der keynesianischen Geldpolitik abgeschworen und war zur monetaristisch begründeten Geldmengensteuerung übergegangen. Die Gründe für das Ende des Keynesianismus sind vielfältig: Sie reichen von den technologischen Veränderungen im Produktionsprozeß und der steigenden Kapitalausstattung der Arbeitsplätze⁷ über die Erosion des »keynesianischen Klassenkompromisses« und einer reformistisch-sozialdemokratischen »Arbeiterkultur«, die von Buci-Glucksmann und Therborn (1982) untersucht worden ist, die Hegemoniekämpfe im Wissenschaftsbetrieb zwischen Monetarismus und Keynesianismus bis zur schlichten, aber solide begründbaren Feststellung, daß das Subjekt der keynesianischen Steuerung, der Nationalstaat, angesichts der beschleunigten Globalisierung der ökonomischen Prozesse habe abdanken müssen: »Absterben« des Staats als nationaler Interventionsstaat.

Nach der Kapitulation des Bretton Woods-Systems zu Beginn der 70er Jahre vor der ungestümen Macht der internationalen Finanzmärkte gab es die sicheren Währungsgrenzen fixierter Wechselkurse nicht mehr und daher wurde - bei gleichzeitiger Konvertibilität der Währungen - die nationalstaatliche Steuerung der Zinssätze durch die Zentralbank, wie Mundell (1968) dargelegt hat, hinfällig. Zu Beginn der 80er Jahre scheiterte der Versuch der Linksregierung unter Mitterrand, im ökonomisch durch die Schaffung des Europäischen Währungssystems im März 1979 hoch integrierten Europa gegen die globalen Finanzströme eine nationalstaatliche Expansionspolitik zu betreiben. Das letzte keynesianische Programm in Westeuropa in diesem Jahrhundert wurde ohne Aufsehen beerdigt. Die »Löcher« an der territorialen Grenze waren zu groß, also die wirtschaftspolitische Souveränität zu gering, als daß die Wirkung des Programms hätte auf Frankreich konzentriert werden können: die französischen Staatsausgaben wurden als Kaufkraft im Nachbarland Deutschland wirksam. Die Keynesianischen Errungenschaften der Zeit nach der großen Krise zu Beginn der 30er Jahre, nämlich eine geldpolitisch mächtige Zentralbank, die

absurden Annahme, daß der Wohlstand des »american way of life« nicht nur über unbestimmte Zeiten, sondern auch in allen zugänglichen Räumen praktiziert und genossen werden könnten.

⁷ Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird mit der steigenden Kapitalintensität teurer. Es reicht nicht mehr aus, »Löcher in die Erde zu graben« und wieder zuzuschütten oder »eine zweite Eisenbahnlinie von London nach York« zu bauen, um die Beschäftigung durch Errichtung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zu steigern.

die Zinsen regulieren kann, und ein fiskalpolitisch aktives »big government« waren in den 70er Jahren offensichtlich aufgebraucht. Erst unter Reagan kehrte in den USA ein perverser Keynesianismus des militärischen Deficit-spending zurück - freilich ohne auch nur die primitivsten Begleitmaßnahmen (Infrastruktur, Qualifikation) in Angriff zu nehmen, mit denen qualifizierte Arbeitsplätze hätten errichtet werden können.

Keynes war vielleicht der letzte große Vertreter einer »Nationalökonomie«. Er verlangte in der Krise der 30er Jahre »national self-sufficiency« (Keynes 1929; Pollock 1933), also eine moderate Politik der Autarkie, und er ging noch davon aus, daß die Festlegung der Zinsen höchster und unverzichtbarer Ausdruck nationaler Souveränität sei⁸. Er sympathisierte auch »with those who would minimize, rather than with those who would maximize, economic entanglement between nations«, um zu raten: »...let goods be homespun whenever it is reasonably and conveniently possible; and, above all, let finance be primarily national« (Keynes zitiert in: Daly/Cobb 1989: 209). Doch heute haben Nationalstaaten die »Zinssouveränität« an die globalen Finanzmärkte verloren (Scharpf 1987; Barro de Castro/Pires de Souza 1985). Wenn die Rentabilität des Kapitals nicht groß genug ist, um Investitionen zur Steigerung der Beschäftigung zu stimulieren, können nicht mehr, so wie Keynes es vorschlug, die Zinsen durch eine expansive Geldpolitik der Zentralbank und die Fiskalpolitik eines »big government« gesenkt werden. Unter Bedingungen der Währungs-konvertibilität und flexibler Wechselkurse sind die Zinsen durch die internationalen Märkte vorgegeben⁹. Die Margen, in denen sie beeinflußt werden können, sind gering. Sie werden durch Kapitalflucht und Wechselkursbewegungen definiert. Das Kapital, so heißt es, ist ein »scheues Reh« und flieht die garstigen Orte, wo »financial repression« herrscht. Die Sprache der Finanztheoriker ist offen und ehrlich. Danach gibt es Freiheit nur dort, wo (national)staatliche souveräne Regulierung dem Souverän deregulierter globaler Finanzmärkte das Zepter überläßt.

Auch die nationalstaatliche Bildung der Löhne erodiert angesichts der ökonomischen Globalisierung. Die keynesianische Politik der Vollbe-

⁸ Die Forderung nach Autarkie war in der Krise nach 1929 weit verbreitet. Dahinter verbarg sich die Annahme, daß die von den »kosmopolitischen« liberalen Klassikern versprochenen Wohltaten der internationalen Arbeitsteilung nicht nur nicht ausblieben, sondern die Einbindung in den Weltmarkt die nationale Wirtschaft schädigen würde. Vergleiche dazu die interessante Vortragsammlung liberaler Kritiker des Autarkie-Konzepts aus dem Jahre 1932 (Brandt, Eucken, Gerloff, Löb, Lange 1932).

⁹ Eine detailliertere Analyse müßte zeigen, daß die Eingriffsmöglichkeiten der Zentralbank asymmetrisch sind. Sie kann die Zinsen erhöhen und so eine Rezession auslösen, sie kann aber mit Zinssenkungen nicht einen Konjunkturaufschwung stimulieren, wenn die Kurse flexibel und die Währung konvertibel sind.

schäftigung schützte den zu Beginn des Jahrhunderts in vielen europäischen Staaten erkämpften Raum sozialstaatlicher Regelungen in den modernen Industrieländern, das moderne System der »industriellen Beziehungen« bzw. der »Regulation« des Lohn- und des Arbeitsverhältnisses. Der Lohn bildet sich zwar in Verhandlungen auf dem Arbeitsmarkt (Tarifautonomie), dieser ist aber in der Keynesianischen Vorstellung abhängig von den durch Regierung und Zentralbank zu beeinflussenden Güter- und Finanzmärkten. Obendrein enthielt der Lohn seit dem Ersten Weltkrieg einen Soziallohnanteil, der sozialstaatlich nach politischen Kriterien und nicht nach den ökonomischen Marktgesetzen reguliert werden konnte: »living wage« in England, »politischer Lohn« (Hilferding 1927) in Deutschland. Damit war die von Polanyi (1979) kritisierte »disembeddedness« der Ökonomie in einen Raum gesellschaftlicher Regulierung, nämlich in den Kompetenzbereich des sozial regulierenden Nationalstaats, ein kleines Stück zurückgeholt¹⁰. So konnten »industrielle Bürgerrechte« (Marshall 1992) etabliert werden. Für die Gewerkschaften war das Ensemble von nationalem Interventions- und Sozialstaat ein sicheres und kalkulierbares Feld der aktiven Gestaltung, zumal dann, wenn dieses wie in der BRD durch Mitbestimmungsrechte gesichert wurde. Der Sozialstaat freilich war ebenso wie der keynesianische Interventionsstaat wesentlich Nationalstaat und geriet nicht zufällig mit dem Keynesianismus angesichts der ökonomischen Globalisierung in die Krise, aus der bis heute noch keine angemessenen »Umbau«-Konzepte, so viele auch inzwischen vorgelegt worden sind, herausgeführt haben. Alle historisch vorhandenen »Regimes« des Sozialstaats (Esping-Anderson 1990; Schwengel 1991) erfahren diese Probleme. Offensichtlich läßt sich nur schwer ein nationalstaatlicher Umbau des Sozialstaats konzipieren, wenn sich eben dieser Nationalstaat in einen nationalen Wettbewerbsstaat auflöst, dessen Operationsgebiet der Weltmarkt ist und dessen politisches Programm der internationalen Konkurrenz höchste Priorität einräumt und nicht mehr durch Rücksicht auf Beschäftigungsstand und soziale Belange (»Sozialklimbim«, »soziale Hängematte«, »Freizeitpark« etc.) beeinflusst wird. Ein globaler (oder auch nur makro-regionaler) Sozialstaat, d. h. aber auch das Projekt eines globalen Reformismus, sind ebenso utopisch wie die Weltrevolution.

¹⁰ Wegen der Nationalität von Interventions- und Sozialstaat gibt es innerhalb des Blocks der Industrieländer beträchtliche Unterschiede der jeweiligen Ausgestaltung der Sozialsysteme, industriellen Beziehungen und des wirtschaftspolitischen Interventionsmix. Hier hat die vergleichende Politikforschung ihr Betätigungsfeld gefunden (z. B. Scharpf 1987) und zum Teil nützliche Studien hervorgebracht. Allerdings ist fast nie reflektiert worden, daß der Vergleich nur Sinn macht, weil sich die Nationalstaaten im Medium des Weltmarkts real bewegen.

...und im Süden

Auch in den Ländern der sog. Dritten Welt¹¹ kann ein tiefgreifender Funktionswandel des Nationalstaats beobachtet werden. Ebenso wie die real-sozialistischen Plansysteme und die reformistischen Regimes des keynesianischen Interventions- und Sozialstaats in den 30er Jahren entstanden und in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg perfektioniert, gerät der »Entwicklungsstaat« im gewandelten globalen Umfeld an seine Grenzen. Zunächst verfolgten nach der tiefen Krise der späten 20er und der 30er Jahre auch die Entwicklungsländer, zumal in Lateinamerika, eine Strategie der Import substituierenden Industrialisierung (ISI). Es blieb ihnen auch nichts anderes übrig, da die Warenströme auf dem Weltmarkt der 30er Jahre zu einem dünnen Rinnsal verkümmerten und Kredite nach der Schuldenkrise der 30er Jahre, in der eine Reihe lateinamerikanischer Länder ihre Schuldendienstzahlungen einstellten, kaum zu erhalten waren. ISI wurde ein weithin akzeptiertes Entwicklungsprojekt (Gerschenkron 1962; Thorp 1984), das freilich an eine Reihe von sehr speziellen Bedingungen geknüpft war, die dann in den Nachkriegsjahrzehnten nach und nach erodierten. Die wichtigste, ausschließlich negative Bedingung für ein Funktionieren der Importsubstitution ist natürlich der Zusammenbruch des Weltmarkts und damit das zeitweise Verschwinden seiner Sachzwänge, die die »Konkurrenz« der entwickelteren Länder und Unternehmen ausübt. Wenn ein Land dazu übergeht, Industriegüter nicht mehr zu importieren, entzieht es sich den Wirkungen der von Singer und Prebisch konstatierten »säkularen Verschlechterung der terms of trade«. Zweitens war der Urbanisierungsgrad gering, so daß ein großer Teil der Bevölkerung seine Subsistenz auf dem Lande finden konnte, wenn infolge der Industrialisierung Arbeitskräfte freigesetzt wurden (Cardoso 1973:

¹¹ Der Begriff der »Dritten Welt« kann aus vielen Gründen nicht ohne Kommentar verwendet werden (vgl. Brock 1992). Erstens macht nach dem Verschwinden der »Zweiten Welt« die Numerierung als »dritte« Welt wenig Sinn, zumal eine Reihe der ehemaligen real-sozialistischen Staaten ein Einkommensniveau (pro Kopf) aufweisen, das demjenigen von Low- und Middle-income countries entspricht. Zweitens hat sich, darauf verweist Ulrich Menzel (1992) in revisionistischer Absicht, innerhalb der »Dritten Welt« eine Differenzierung vollzogen, die es verbietet, mit einem Begriff so unterschiedliche Länder wie Süd-Korea, Namibia, Chile, Haiti, Brasilien oder Taiwan als China kategorisieren zu wollen. Drittens wird der geographische Gehalt des Begriffs fragwürdig. Die »Dritte Welt« (oder das, was darunter gemeinhin verstanden wird: Armut, Ineffizienz, Rückständigkeit) hefindet sich in den Ländern der »Ersten Welt«, und umgekehrt findet man in den »world cities« der »Dritten Welt« (Singapore, Sao Paulo, Mexico City, Hong Kong, Kairo etc.) viele Elemente der »Ersten Welt« (oder das, was darunter gemeinhin verstanden wird: Reichtum, Effizienz, Modernität). Dieses dritte »Caveat« vor der Benutzung des Begriffs deutet auf einen wesentlichen Aspekt des hier vertretenen Arguments hin: Die Auflösung des Sinngehalts des Begriff der »Dritten Welt« ist selbst Ausdruck der Dissipation nationalstaatlicher Funktionsräume.

76ff)¹². Drittens war auch der Industrialisierungsgrad in jener Phase niedrig und auf einem technischen Niveau, das keine bedeutenden Technologieimporte verlangte, um Produktivitätsgewinne zu realisieren. Viertens wurde das Projekt der Import substituierenden Industrialisierung politisch voluntaristisch gegen ökonomische Zwänge, und populistisch aufgeladen von den großen Figuren des alten lateinamerikanischen Populismus, von Getulio Vargas in Brasilien, Lazaro Cardenas in Mexico, Juan Peron in Argentinien oder anderen »caudillos« in Lateinamerika, als nationalstaatliches Projekt der Modernisierung, als Ausdruck von politischer Souveränität realisiert. Es scheint eine Regel zu sein, daß das Projekt der ISI des autoritären nationalen Staates bedarf, der die Gesellschaft populistisch zu Modernisierungsanstrengungen mobilisiert. Der populistische Pakt« vermochte es, »Bereiche des Staates und der wirtschaftlichen Oberschicht mit einem Teil der städtischen Massen« zu vereinigen (Cardoso 1973: 81) und die ländlichen Massen auszuschließen. Wir werden unten noch sehen, daß auch in den Konzepten des modernen Sozial- und Produktivitätspakts Mechanismen des Ausschlusses wirksam sind.

Der Entwicklungsstaat entstand in der dritten Welt in vielen Fällen im Zuge des »nation building« während des Prozesses der nationalen Befreiung von fremder, zumeist kolonialer Herrschaft. Neue Nationalstaaten formieren sich, immer mit der Absicht der »self-reliance« und in vielen Fällen auch des »non-alignment«, zumal während des Kalten Krieges. Der nationale Entwicklungsstaat ist das Projekt der Bandung-Ära nach 1955, und er scheitert an dem Verlust der ökonomischen Grundlagen nationaler Souveränität spätestens in den 70er Jahren, als nahezu alle Länder der Dritten Welt die nationalstaatliche Modernisierung durch Rückgriff auf die Ressourcen des monetären Weltmarkts zu finanzieren versuchten. Mit dem Geld des Weltmarkts haben sie auch dessen Standards (Produktivität, Konsumnorm etc.) übernommen, ohne Chancen zu haben, ihnen in mittlerer Frist nachzukommen. Die seit nahezu eineinhalb Jahrzehnten nicht gelöste Schuldenkrise gibt dem Scheitern des nationalen Entwicklungsstaats beredten Ausdruck.

Die ISI-Strategie war ohne Zweifel erfolgreich, auch wenn im heute modischen Diskurs an ihr kein gutes Haar gelassen wird (Eßer 1993; HeIn 1994). Aber wie im Falle des Keynesianismus in den Industrieländern unterminierte der Erfolg die Erfolgsbedingungen. Im Zuge hoher Wach-

¹² Fernando Henrique Cardoso, der mit souveränem Stimmenvorsprung am 3. 10. 1994 zum Präsidenten Brasiliens gewählte bedeutende lateinamerikanische Intellektuelle meinte in einem Interview, man solle alles vergessen, was er früher je geschrieben hat. Diesem Rat zum freiwilligen Verzicht auf gemeinsames intellektuelles Vermögen werden wir nicht folgen.

tumsraten stieg der Industrialisierungsgrad, allerdings ohne in den meisten Fällen über das Stadium eines »halben Fordismus« hinauszukommen. Auch die Verstädterung nahm zu und machte agrarische Subsistenzstrategien schwieriger. Die Formalisierung der Arbeit erzeugt erst den »informellen Sektor« prekärer Beschäftigung. Wie in den real-sozialistischen Planwirtschaften hätte ein Übergang vom »extensiven« zum »intensiven« Wachstum erfolgen müssen. Economies of scale and of scope aber sind in einer abgeschlossenen »Nationalökonomie« nicht zu realisieren, so territorial ausgedehnt (Fall Brasilien) sie auch sein mögen, und sie sind nur schwer vom »Entwicklungsstaat« zu mobilisieren. Die Diversifikation auf dem Weltmarkt wird zu einem »Muß«, bricht sich aber an den inzwischen entstandenen ökonomischen Strukturen des globalen Wettbewerbs (terms of trade; Bewegungen der Direktinvestitionen), an den politischen Formen der Regulation und an den im Zuge von ISI und »Desarrollismo« entstandenen objektiven Strukturen und subjektiven Verhaltensmustern.

Von einem bestimmten Entwicklungsgrad an müssen Technologien importiert werden. Die Öffnung der Ökonomie zum Weltmarkt wird erzwungen. Sie ist unvermeidlich, zumal dann, wenn wichtige Importe auf Kredit gekauft werden und zeitverschoben nach der ISI-Phase die Außenverschuldung zunimmt und nun Exportüberschüsse allein zur Bedienung der Schulden erzielt werden müssen. Die in den 60er Jahren von Chenery und Strout (1966) entwickelte und noch in den 80er Jahren von der Weltbank vertretene Theorie des Schuldenzyklus und die davon angeleitete Politik (Delfim Netto, brasilianischer Planungsminister, Ende der 70er Jahre: »Mit den Eisenerzexporten von Carajás werden wir die Außenschuld bezahlen«) jedenfalls war keine Alternative zur ISI-Strategie und hat letztlich die Krise des nationalen »Entwicklungsstaates« noch verschärft. Nun zeigt sich die Grenze der Fähigkeit des Nationalstaats, die Ökonomie zu regulieren. Der »Schwanz der Außenschuld« wedelt mit dem Hund der nationalen Ökonomie. Das administrative System stellt sich mehr und mehr als ineffizient, ja korrupt heraus, obwohl es gerade in Lateinamerika durch den gesteigerten Autoritarismus im »bürokratisch-administrativen Staat« (Guillermo O'Donnell) die Steuerungsfähigkeit des politischen Systems zu verbessern trachtete. Anstatt produktive Sektoren zu unterstützen, werden »rent-seeking classes« sogar gegen die Industrialisierung und Modernisierung gefördert. Daher ist es richtig, wenn die Kritiker der ISI und des CEPAL-Desarrollismo heute auf die ineffiziente und unproduktive Rolle des Staates in Entwicklungsgesellschaften verweisen.

Der nationale Entwicklungsstaat hat tatsächlich ausgedient, aber die Alternative eines globalen staatsförmlichen Institutionensystems, das Entwicklung stimulieren könnte (so wie es Knieper 1991; 1993 vorstellt), befindet

sich jenseits des Horizonts der politischen Diskurse in der »neuen Weltordnung«. Der Ort des Politischen ufert aus dem Nationalstaat aus, aber der neue Ort, wo Politik zu Hause ist, muß erst noch bestimmt werden. Die Annahme Kautskys, die kapitalistischen Nationalstaaten könnten sich auf einen weltfriedlichen »Ultra-Imperialismus« verständigen, ist nicht nur unrealistisch. Sie müßte, ernst genommen, demokratische Lösungen für die Weltprobleme ausschließen (Hirst/Zeitlin 1991: 134). Haben die Kritiker daher auch Recht, wenn sie die Schlußfolgerung ziehen, die Aufgaben des Staates, an denen er gescheitert sei, müßten nun vom Weltmarkt und einem Netz »ultra-liberaler Staaten« (Held 1991: 140) wie in einem »Kriegsspiel« (Robert Boyér, *Le Monde des Debats*, Octobre 1993) übernommen werden? Die Frage ist nicht nur für Länder des »Südens« relevant, sondern offensichtlich auch für die Länder des »Westens« und vor allem für jene des »Ostens«, die von der Einführung der Marktinstitutionen und -mechanismen nun endlich die versprochene Modernisierung erwarten.

Weniger Sozialstaat und mehr Markt

Es geht also (wieder einmal) um die

»Theorie des Staates... Der keynesianische Begriff von Wirtschaftsplanung (basiert) auf der Identifizierung des Staates mit der 'Gesellschaft als Ganzes', der Handlungen der Regierung mit der *volonté générale*. Für dieses Denken...ist die Regierung ein im wesentlichen neutrales *Instrument*, das man einsetzen kann zur Förderung der Interessen der 'Öffentlichkeit', der 'Gemeinschaft', also jener ziemlich undifferenzierten Gesamtsumme der Einwohner eines gegebenen Landes, welche im liberalen Bezugsrahmen die 'Gesellschaft' konstituiert« (Baran 1968: 69; Hervorhebungen vom Autor).

Mit der Nationalität des Staates ist auch das sozialstaatliche Projekt der (national- und sozialstaatlichen) Konstitution der Gesellschaft gefährdet. Denn die Kapazität des Sozialstaats zur Befriedigung seiner Klientel hängt an derjenigen des Nationalstaats zur (keynesianischen) wirtschaftspolitischen Steuerung: Die Vollbeschäftigungsgarantie des Keynesianismus war der Stabilitätsanker der sozialstaatlichen Leistungen, unterlegte der »(Erwerbs)arbeitszentriertheit« des Sozialstaats einen historischen Sinn, integrierte National-, Interventions- und Sozialstaat zu einem potenten regulatorischen Ensemble - innerhalb der Grenzen des nationalen Raumes, abgeschirmt gegenüber den negativen Tendenzen des Weltmarkts. Der Sozialstaat gab den Ansprüchen der unterprivilegierten, arbeitenden Klassen Ausdruck, daß sie nicht nur als Produktionsfaktoren auf dem Arbeitsmarkt, sondern als Staatsbürger in der politischen Arena des Nationalstaats ernst genommen werden wollten und sollten. Die politische Demokratie der zur Nation Gehörigen (der aktuellen und potentiellen Staatsbürger) bot den notwendigen Raum, um nun die Dazugehörigkeit mit sozialen Rechten zu unterstreichen. Freilich gilt dies wegen der *Erwerbs*-Arbeitszentriertheit

zuvörderst für die männlichen Arbeitskräfte, weniger für die Frauen, deren Haushalts- und Reproduktionsarbeit nicht als Erwerbsarbeit zählt. Diese bleiben lange Zeit von den sozialstaatlichen Gratifikationen ausgeschlossen - und sind es zum Teil heute noch (vgl. Köppen 1994).

Mit dem Nationalstaat diffundiert auch der Sozialstaat im globalen Raum, den »Sachzwängen« der Wettbewerbsfähigkeit ausgesetzt, von »billigeren« Konkurrenten bedroht, als Last bei der notwendigen »Verschlankung« der sozialen Leistungen diffamiert. Paradoxerweise wird in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und in der monetären Krise des Sozialstaats auf einmal die Nationalität wichtig, da die Nicht-Identität von Staatsbürger, Wirtschafts- und Sozialbürger zum Anlaß genommen wird, neue Scheidelinien im Sozialstaat und auf dem Arbeitsmarkt zu ziehen (Altvater 1994). Alle bemühen sich, innerhalb der verkleinerten Umverteilungsarena zu bleiben, und dies gelingt am ehesten durch Rekurs auf die Nationalität, wenn andere Unterscheidungskriterien infolge der Globalisierung dahinschwenden¹³. Der Sozialstaat wird, sofern nicht gegengesteuert wird, zu einer wohlstandschauvinistischen Bastion, gestützt auf eine Anrechte konstituierende politische Nationalität, die durch die ökonomische Globalität und die transnationale soziale Mobilität ständig dementiert wird. Der Sozialstaat wird so zur Verteidigung von Interessen einer durch die Nationalität definierten Klientel instrumentalisiert. (Sozial)staatsbürger anderer Nationen werden dabei ausgegrenzt. Der Sozialstaat, von seiner Idee her ein geschichtsmächtiges Vehikel der Eingrenzung all jener Menschen, die durch Marktmechanismen ausgegrenzt werden, wird nun selbst Instrument der Exklusion. Er wirkt an der Erzeugung und Reproduktion von »Staaten- und damit Bürgerrechtslosen« mit, wie Claus Koch (1993) im Anschluß an Hannah Arendt (1955) resümiert. Joachim Hirsch verweist in diesem Kontext auf den Widerspruch, daß die

»kapitalistische Ökonomie... permanent die sozialen Beziehungen, kulturellen Gemeinsamkeiten und Institutionen, die eine Gesellschaft als bestimmte, sich selbst bewußte überhaupt erst bestandsfähig machen« untergräbt und sie gleichzeitig »in Abgrenzung gegen das 'Fremde' neu ...schaffen... muß. 'Nationalität' wird der ideologische Ausdruck dafür, wie sich die kapitalistische Gesellschaft als Gesellschaft konstituiert und begreift, im Bewußtsein ihrer Mit-

¹³ David Held schreibt dazu: »...the very idea of consent, and the particular notion that the relevant constituencies of voluntary agreement are the communities of a bounded territory or state, become deeply problematic as soon as the issue of national, regional and global interconnectedness is considered and the nature of a so-called 'relevant community' is contested. Whose consent is necessary, whose agreement is required, whose participation is justified....? What is the relevant constituency? Local? National? Regional? International?...Territorial boundaries demarcate the basis on which individuals are included and excluded from participation in decisions affecting their lives..., but the outcome of these decisions frequently 'stretch' beyond national frontiers« (Held 1991: 143).

gliedert Konturen und Grenzen erhält. Die Anerkennung der gesellschaftlichen Regeln und Institutionen gründet sich immer weniger auf partikuläre Traditionen, lokale Gemeinschaften und persönliche Beziehungsgeflechte, sondern - der Logik der kapitalistischen Raum- und Zeitmatrix folgend - auf das Prinzip einer liberalen nationalen 'Tradition' und fest umrissener territorialer Zugehörigkeit...« (Hirsch 1994: 11f).

Wenn die Grenzsetzungsmacht der Politik erodiert, verändern sich Begriff und Realität des Staatsbürgers. Die Partizipationsmöglichkeiten am politischen Entscheidungsprozeß werden auf allen Ebenen formalisiert, dabei aber zugleich inhaltlich entleert. Sie dehnen sich einerseits aus, da ja die nationalen Grenzen an Bedeutung verlieren und mit den Kommunikationsmedien und Transportmöglichkeiten internationale Kontakte, ja die Entstehung von grenzübergreifenden »zivilgesellschaftlichen« Netzwerken begünstigt werden. Andererseits werden sie durch den gleichen Prozeß eingeeengt. Die Eingriffsmöglichkeiten politischer Instanzen (im weiteren Sinne) in die ökonomischen Abläufe werden geringer. Formale Partizipationsmöglichkeiten können nur teilweise in materiale Partizipation umgesetzt werden. Wenn an die Stelle des ökonomisch relevanten politischen Diskurses die puren ökonomischen Mechanismen des Marktes, die berühmten »Sachzwänge« der Konkurrenz, treten, wird das Verlangen nach Partizipation ridiculisiert und der Versuch einer materialen Ausfüllung läuft ins Leere. Die abstrakten »Sachzwänge« werden oft konkretisiert und personifiziert: in der Gestalt harter, »unfairer« Konkurrenten, als Gegner im »Weltwirtschaftskrieg« (Luttwak 1994; Thurow 1993). Sie sind die Rechtfertigungen für die Unterhöhlung des Sozialstaats, weil dem Nationalstaat im globalen Raum politische Alternativen verbaut werden.

Markt und Demokratie

Das ist der Punkt, an dem einerseits das in der Staatstheorie so zentral diskutierte Legitimationsproblem gelöst erscheint: Der Staat kann sich den Legitimationszwängen durch Verweis auf ökonomische »Sachzwänge« und die Weltmarktkonkurrenz »entwinden«, wie Habermas so schön sagt. Andererseits aber rückt die Frage nach dem Verhältnis von Markt und Demokratie ins Zentrum des Diskurses. Die Neoliberalen aus allen Weltgegenden halten die Frage für grundsätzlich beantwortet. Denn der politische Prozeß sollte dem Marktgeschehen nachgebildet sein. Wie die Konsumenten ihre »Konsumenten-souveränität« auf dem Markt ausüben, so die Staatsbürger ihre staatsbürgerliche Souveränität auf dem politischen Markt. Umgekehrt ist der Markt nichts anderes als eine »Dollar-Stimmzettel-Demokratie«, wie Paul A. Samuelson (1967: 72f) Generationen von Studenten der Wirtschaftswissenschaften mit seinem international verbreiteten Lehrbuch eingetrichtert hat.

Diese Erklärung für die Kompatibilität von Markt und Demokratie ist allerdings nicht sehr zufriedenstellend. Die Gründe ergeben sich bereits zum Teil aus den bisherigen Ausführungen. *Erstens* folgen Ökonomie und Politik unterschiedlichen Logiken - Macht der politischen Grenzsetzung gegen die Grenzenlosigkeit des Marktes - und können daher schwerlich durch den gleichen Mechanismus (die prozedurale Rationalität des Marktes) reguliert werden. Mit der Markt-Homologie von Demokratie wird also das Spezifische des Politischen aufgelöst: die Kraft der Setzung von Grenzen in Raum und Zeit und die projektiv-politische, partizipative Gesellung von gesellschaftlichen Individuen. Das individualistische Prinzip der Marktregulation und die Mehrheitsregel der Demokratie »sind unvereinbar wie Feuer und Wasser« (Müller-Plantenberg 1991: 75).

Zweitens ist der Markt eine außerordentlich komplexe und komplizierte Angelegenheit, die es verbietet, ihn als einen geeigneten Koordinierungsmechanismus - »ökonomischer Imperialismus« hat Kenneth Boulding diese Zumutung genannt - anderen Bereichen der Vergesellschaftung anzudienen. Wer heute von »Markt« spricht, muß vom Weltmarkt reden und vor allem vom Weltgeld-Markt, also auch von den Restriktionen des Geldes, die den Marktakteuren auferlegt werden, um sie zu äußersten Leistungen zu stimulieren. Die Restriktionen des Geldes sind in seiner »gesellschaftlichen Natur«, in seiner Form eingeschrieben, aber sie finden in der Weltwirtschaft paradoxerweise in politischen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank ihren Ausdruck: in der »Konditionalität«, die in »Strukturanpassungsprogrammen« Ländern auferlegt wird. Gemeint ist die Anpassung an Weltmarktbedingungen, die selbst jenseits des Gestaltungshorizonts durch die Politik liegen.

Drittens sind Geldbeziehungen prinzipiell Vertragsbeziehungen, die der rechtlichen Regelung durch eine unabhängige Instanz, die selbst nicht Vertragspartei ist, bedürfen¹⁴. So kommt der Staat mit seiner »Ordnungspolitik«, die die Neoliberalen begründen, ins Spiel. Für Eucken sind Währungspolitik und Politik der Sicherung der Geldwertstabilität Kern bzw. »Primat« von Ordnungspolitik; die Sicherung eines »funktionsfähigen

¹⁴ Dies ist die Grundidee des zweiten Kapitels des »Kapital« von Marx, an das Paschukanis (1929/1966) mit seiner Rechts- und Staatstheorie anknüpft. Dabei wird jedenfalls gezeigt, daß im Gegensatz zur neoliberalen Auffassung, daß mehr Markt weniger Staat bedeutet, die Vermarktwirtschaftlichung einen enormen rechtlichen Regelungsbedarf von Geldbeziehungen provoziert, der vermehrte staatliche Eingriffe erforderlich macht. Dies zeigt beispielsweise, wenn auch eher zwischen den Zeilen, der IWF (1994: 26f) in seiner Analyse der »emerging equity markets«. Er sorgt sich um die Stabilität der globalisierten Finanzmärkte und plädiert für eine gewisse Regulation - durch nationale Staaten, deren Interventionskapazität gerade durch die Vermarktwirtschaftlichung unter der Ägide der »structural adjustment programs« des IWF reduziert worden ist.

Preissystems« ist »das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip« (Eucken 1959: 160f). Obendrein enthalten, wie Emile Durkheim (1983) gezeigt hat, Vertrags- und daher auch Geldbeziehungen immer außervertragliche (und daher auch außer-marktwirtschaftliche) Elemente, deren Zustandekommen für Funktionsweise und Effizienz der Markt- und Geldwirtschaft unverzichtbar sind. Sie hängen aber von der Kompetenz der *Zivilgesellschaft*¹⁵ und von ihrer die Individuen als Marktteilnehmer vergesellschaftenden Kraft, von den Zugängen zu Informationen, von Vertrauen und reziproken Beziehungen ab. Alle diese Zusammenhänge sind in der ökonomischen Theorie des Marktes wenig geklärt; die »invisible hand« ist so unsichtbar, daß niemand weiter nach ihrer Anatomie fragte. Das nachfolgende Schema, das Ausführungen von Michel DeVroey (1991) aufgreift und weiterführt, soll die Komplexität des Marktes und des Geschehens auf ihm andeuten. Jedes Feld in dem Schema erfordert theoretische Klärungen.

Es geht um ein in den Sozialwissenschaften wohlbekanntes Problem: das von Struktur und Aktion. Wie kommt es zur Bildung von Preisen, wenn alle Marktagenten sich als Preisnehmer, wie im Modell der vollkommenen Konkurrenz unterstellt, verhalten? Wie können unabhängige, »individuelle« Entscheidungen begründet werden, wenn doch alle Marktteilnehmer das gemeinsame soziale und natürliche Ambiente nutzen und jeweils durch die Erzeugung von Externalitäten (positiv, zumeist aber negativ) verändern, wenn sie außervertraglich (durch eine gemeinsame Sprache, durch Habitus, kulturelle Praxen) verbunden sind, also auf der gleichen sozialen Hefe gedeihen? Wo es keine unabhängigen Entscheidungen gibt, ist die Grundannahme von autonomen Individuen, die freie Verträge eingehen, fragwürdig. Sie befinden sich bereits in Beziehungen, die einer nicht-privatrechtlichen, also öffentlich-politischen Regulation bedürfen. Wie entsteht das Gleichgewicht, die Referenzkategorie der Markttheorie, eigentlich praktisch, wenn kein Marktteilnehmer nach Gleichgewicht, sondern nach maximalen Profiten und höchster Bedürfnisbefriedigung strebt? Ist die »perfect competition« mit dem Walrasianischen Auktionator nicht wie »perfect computation« nur als Spiel externer Beobachter mit Marktagenten wie mit ihren Marionetten, aber nicht als ein Spiel der Marktagenten selbst vorstellbar? Wie übrigens entsteht ein Markt, an dem sich alle beteiligen, den aber niemand »macht«? Dies ist die Frage nach den »market makers«, die für die osteuropäischen Transformationsökonomien von eminenter Bedeutung ist.

¹⁵ Der Begriff der Zivilgesellschaft wird im Sinne Gramscis, nicht wie in der US-amerikanischen Debatte um die *civil society* gebraucht, weil im Diskurs Gramscis die ökonomischen Verhältnisse mitberücksichtigt sind - anders als in der *civil society*-Debatte.

	Akteure	Prozesse	Koordination
Akteure	Dezentrale Individuen; Interdependenzen und Interferenzen	Keine Kenntnisse über die Handlungssequenzen im Marktsystem	Spontanes, nicht antizipiertes Resultat der Aktionen: »hinter dem Rücken«
Prozesse	Akteure als Re-Akteure (price takers); Wenn alle Preisnehmer sind, wer bestimmt die Preise?	Marktinterferenzen; Markthierarchie: Arbeitsmarkt hängt von Güter- und Finanzmärkten ab	Resultat: Gleichgewicht und Optimum. Deren Definition möglich. Wie kommen sie in den Marktprozessen zustande
Koordination	Spielregeln; Äußere Restriktionen; »Sachzwang«	Alternativen von Marktprozessen: Volle Konkurrenz bis Monopol	Totales Gleichgewicht des Systems unmöglich
Beobachter; Ökonom	Akteure wie Marionetten in einem vom Beobachter inszenierten Spiel; Modellbildung	Beobachter kennt die Marktlogik. Um sie durchzusetzen, handelt er wie ein Auktionator: Walras	Resultat der Prozesse unter Konkurrenzbedingungen vergleichbar jenen in einer Planwirtschaft: »perfect competition= perfect computation« (Wiles)
Die Umwelt des Marktes	Akteure nutzen und beeinflussen die soziale und natürliche Umwelt. Dadurch entstehen nicht-marktmäßige Interferenzen; Externalitäten; außervertragliche Elemente von Vertragsbeziehungen	Unvollständige Informationen und irrtümlich eingeleitete Prozesse; Kurzsichtigkeit; Marktversagen	Die Materialität der Koordination; die energetische Seite informationeller Abläufe

Die »Vermarktwirtschaftlichung« des Politischen ist also schon deshalb fragwürdig, weil der Markt eine reichlich geheimnisvolle, jedenfalls nicht besonders transparente gesellschaftliche Institution ist. Wer die Marx'schen Ausführungen über den Fetischismus von Waren und Geld kennt (MEW 23: 85ff), darf sich darüber nicht wundern. Daher braucht man die Defizienzen des Marktes (Semmler 1990; Altvater 1991) noch nicht einmal zu debattieren, um hinter die Gleichsetzung von Markt und Demokratie oder hinter die einfache Annahme von ihrer prozeduralen Entsprechung ein Fragezeichen zu setzen.

Im marktwirtschaftlichen Diskurs geht die Bestimmung der Existenz des Politischen und von Politik auf einer je spezifisch definierten Zeitachse verloren. Die Marktökonomie löst die historische Zeit in eine physikalisch-logische Zeit auf, wie Nicholas Georgescu-Roegen (1971) so überzeugend an der Neoklassik kritisierte. Jeder Nationalstaat ist irgendwann entstanden, und er geht irgendwann unter, und zwischen diesen, in vielen Fällen weit auseinander liegenden Daten, machen Gesellschaft, Ökonomie, Kultur und Staat beträchtliche Veränderungen durch. Die Vergangenheit ist für das soziale Gedächtnis und handlungsrelevante Bewußtsein ebenso wichtig wie das »Projekt Zukunft«, die Voraussetzung von Gestaltbarkeit entsprechend den Wünschen, Bedürfnissen, Utopien von Staatsbürgern, die darüber einen ständigen konfliktgeladenen Diskurs führen. Im Markt hingegen, in den sich Politik gemäß dem neoliberalen Modell auflösen sollte, ist, wie Norbert Lechner in seinem Beitrag in diesem Heft eindrucksvoll darlegt, die Gegenwart »omnipräsent«. Die Vermarktwirtschaftlichung der Politik hat das Vergessen des Vergangenen ebenso zur Folge wie den Verlust der Zukunft als Projekt. Die Zukunft taucht allenfalls als auf die Gegenwart abdiskontierter Wert oder als eine simple Extrapolation auf - und wird so in eine ungeschichtliche Gegenwart zu späterer Zeit verwandelt.

Gerechtigkeit hat als Kriterium im reinen Marktdiskurs nichts zu suchen; in den binären Codes des Marktsystems fehlen ihr einfach die kommunikatiblen Worte. Der moderne »minimal state« (Nozick) hat das sympathische, das er noch bei Thomas Paine hatte (dazu Keane 1988, 42ff), als er gegen den Staat die Kraft der »Zivilgesellschaft« hochhielt, im dominanten neoliberalen Projekt verloren. Die Zivilgesellschaft ist heute nichts Eigenständiges, sie ist Marktgesellschaft, die sich dem Effizienz-Kriterium unterwirft und für zivilgesellschaftliche Redundanzen wenig Raum läßt. Nach den Erfahrungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, in der die Gesellschaften durch autoritäre Nationalstaaten zusammengehalten oder gepreßt worden sind, ist die ideologische Tendenz zum Minimalstaat verständlich. Aber die Gesellschaft braucht einen Ort und eine Institution der

gemeinsamen, nicht-marktvermittelten Gesellung und Gestaltung, eine Pluralität von Bezugspunkten, viele Orientierungsmöglichkeiten und Perspektiven. Dies ist der richtige Kern der kommunitaristischen Theorie, mit der Frage freilich, ob dieser nicht in anderen theoretischen Entwürfen und politischen Ideen radikaler und überzeugender aufgefunden werden kann: in der liberalen Theorie selbst, vor allem aber in sozialistischen Theorien, die ja keineswegs alle mit dem Untergang des realen Sozialismus und dem Ende des »Marxismus-Leninismus« von der historischen Agenda verschwinden¹⁶.

»Gesellschaftsvertrag« und »Wettbewerbsstaat«

Diese »kommunitaristische« Überlegung taucht in den Debatten um die »community«, um einen »neuen Gesellschaftsvertrag«, einen »Sozialpakt«, einen »sozialen Kompromiß«, einen »ökologisch-sozialen New Deal«, eine »Versöhnungsgesellschaft« (Späth 1985) in jüngster Zeit vermehrt auf (vgl. den sehr guten Überblick von Deppe 1994), ein Ausdruck dafür, daß das moralische Defizit der neoliberalen Konstruktion einer Gesellschaft durch die Marktprozesse erkannt und zum Teil wohl auch erlitten wird. »Die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung« müssen neu »ausbuchstabiert« werden, fordert Ulrich Beck (1993): »Erfindung des Politischen«. Ralf Dahrendorf schreibt, daß die Zukunft der Arbeit nach dem »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« neu definiert werden müsse und trifft sich unter diesem Postulat mit André Gorz. Eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern (zu denen der Verfasser auch gehört) hat einen »neuen Gesellschaftsvertrag« und »Solidarität am Standort Deutschland« eingefordert (Hengsbach u.a. 1994). Die Europäische Kommission schlägt in ihrem »Weißbuch« vom Dezember 1993 einen Gesellschaftsvertrag auf europäischer Ebene vor. Nach der UNCED-Konferenz von 1992 wird über den neuen sozial-ökologischen Kompromiß zwischen Norden und Süden geredet. Und ist die Kairoer Konferenz (September 1994) über Bevölkerungspolitik nicht Ausdruck der Suche nach dem globalen bevölkerungspolitischen »contrat social« - und ihres Scheiterns?

Die oben zitierten Autoren stehen jeder für einen spezifischen Aspekt dessen, was unter »Gesellschaftsvertrag« verstanden werden kann: (1) Daß das Politische erneut erfunden werden müsse, kann nur als Reaktion auf

¹⁶ Die Staatszentriertheit der sozialistischen Theoretiker kommt in der klaren Feststellung Rudolf Hilferdings zum Ausdruck: »Die Gesellschaft hat kein anderes Organ, durch das sie bewußt handeln kann, als den Staat« (Hilferding 1927: 170). Allerdings gibt es die andere sozialistische Tradition: die rätedemokratische, genossenschaftliche, die darauf abzielt, der Gesellschaft eine Vielfalt von Organen der kollektiven Reflexion und des bewußten Handelns zukommen zu lassen.

die Koordinatenverschiebung nach dem Ende des realen Sozialismus interpretiert werden. (2) Der Ruf nach »Solidarität am Standort Deutschland« (Hengsbach 1994 u.a.) und nach einem neuen Gesellschaftsvertrag ist der Wahrnehmung der sozialen Verwerfungen in einer Gesellschaft geschuldet, die sich der Befolgung der Marktgesetze und der harten Gebote von »Saint Compétitivité« (*Le Monde Diplomatique*) verschrieben hat. (3) Der globale »contrat social« versucht den immer drängenderen ökologischen Problemen in der Welt in der Gewißheit beizukommen, daß zu ihrer Lösung irgendeine einvernehmliche Form zwischen den Nationen, aber auch zwischen den Generationen gefunden werden muß (Brundtland-Report), und daß eben diese Einvernehmlichkeit von der Wirkungsweise des marktwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus allein nicht erwartet werden kann. Eine spontane bzw. kosmische Ordnung, die »das Ergebnis menschlicher Handlung, aber nicht menschlichen Entwurfs ist« (von Hayek 1980: 37 im Anschluß an Ferguson) kann sich nur bilden, indem ihr Institutionen als die Ablagerungen der tagtäglichen individuellen Aktionen zuwachsen und den Fluß der Handlungen nicht nur verlangsamen, sondern ihm auch ein Bett gegen alle zerstörerischen Ausuferungen geben.

Die Form des Gesellschaftsvertrags mag zwar unter allen genannten Aspekten identisch sein: Eine soziale Manifestation des »generalized other«, des »alter ego«, das für die Identität von gesellschaftlichen Individuen ein nicht verzichtbares Bildungselement ist, als soziale Bewegung, als parteipolitische Initiative, als intellektuelle Provokation, als Appell an die »ruhigen Leidenschaften«¹⁷, um das individualistische und rücksichtslose Gewinnstreben zu bremsen, indem ins Marktgetriebe kommunitärer Sand gestreut wird. Aber der Inhalt der Sozialpakete ist gänzlich verschieden. Die globalen Probleme - eine neue Weltwirtschaftsordnung, von der seit Beginn der 70er Jahre die Rede ist, die Lösung der globalen Umweltkrise und die Förderung einer »nachhaltigen Entwicklung« - setzen tatsächlich voraus, daß Nationalstaaten über ihren nationalen Schatten springen und sich in je nationale Abteilungen einer wie auch immer rechtlich-politisch ausgestalteten globalen Staatlichkeit zur Regulation der Weltwirtschaft und -gesellschaft verwandeln¹⁸. In diese Richtung argumentiert beispielsweise

¹⁷ Dieser Appell hat eine lange Tradition. Er ist die andere Seite der frühliberalen Selbstgewißheit, daß »private vices« sich in »public benefits« verwandeln. Es ist auch kein Zufall, daß Adam Smith die »Theory of moral sentiments« schrieb, bevor er die »Inquiry into the causes of the wealth of nations« verfaßte. Vgl. auch Walther (1982) zu den politischen »Caveats« gegenüber dem vulgären »Enrichissez Vous!« in der frühen liberalen Theorie.

¹⁸ Demgegenüber betont John Holloway, daß »Nationalstaaten (darum) konkurrieren..., einen Teil des weltweit produzierten Mehrwerts auf ihr Territorium zu ziehen... Der Nationalstaat (ist) ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses« (Holloway 1993: 23).

Rolf Knieper (1991; 1993), der die tendenzielle Auflösung und Dissipation der »alten« Nationalstaaten konstatiert, aber in der Welt von heute viele Anlässe und Gründe für globale Staatsaufgaben sieht und daher die Funktionen eines globalen Staates innerhalb des dynamischen internationalen Institutionensystems zu identifizieren versucht (kritisch dazu: Narr/Schubert 1994: 235ff). In gewissem Sinne gibt es die Institutionalisierung globaler Staatlichkeit tatsächlich, in Gestalt von Weltbank, IWF, GATT/WTO, UNO mit Blau-, Grün- und Gelbhelmen (dazu Albrecht 1994) etc. Aber man muß sogleich einschränken, daß es sich dabei weniger um einen »Staat« wie im Falle des »alten« Nationalstaats handelt, der das Politische gegenüber Gesellschaft und Ökonomie institutionell verkörpert, sondern um administrative Kompetenz im Sinne der »Governance« komplexer globaler Prozesse, ohne die Regelungskompetenzen von Nationalstaaten tatsächlich zu ersetzen. Daher ist Paul Kennedy wohl zuzustimmen, wenn er auch im 21. Jahrhundert allein dem Nationalstaat die Strukturen zutraut, die für eine effiziente Regulierung der internationalen Kapitalströme benötigt werden:

»...die globale Gesellschaft von heute (steht) - mehr noch als ihre Vorgängerin vor sechzig Jahren - vor der Aufgabe, den technologischen Wandel und die ökonomische Integration mit traditionellen Strukturen, mit dem Nationalbewußtsein, mit sozialen Bedürfnissen, institutionellen Einrichtungen und den gewohnheiten der Menschen zu versöhnen« (Kennedy 1993: 418)¹⁹.

Daß der Nationalstaat am Ende des Jahrhunderts als Wettbewerbsstaat wenig mit dem tradierten Nationalstaat der ersten sechs Jahrzehnte dieses Jahrhunderts zu tun hat, wird freilich nicht ausreichend reflektiert.

(4) Damit sind wir beim vierten Anlaß für die Formierung der Gesellschaft: Das entscheidende Ziel des Gesellschaftsvertrags ist heute die Formierung einer »Wettbewerbsgemeinschaft«, also die zivilgesellschaftliche Absicherung des »Wettbewerbsstaats« (Hirsch 1994) im »Weltwirtschaftskrieg« (Luttwak 1994; Thurow 1993), der Abschluß eines »Produktivitätspakts« (Deppe 1994) »intelligenter Regulierung« (Kern 1994) zwischen den relevanten Akteuren: Unternehmen, Gewerkschaften und staatlichen Repräsentanten²⁰.

¹⁹ Auch Held schreibt: »Yet, while there has been rapid expansion of intergovernmental and transnational links, among other things, the age of the nation-state is by no means exhausted...The importance of the nation-state and nationalism, territorial independence and the desire to establish or regain or maintain 'sovereignty' does not seem to have diminished« (Held 1991: 148).

²⁰ Robert Cox hat den Gesellschaftsvertrag als die »nicht geschriebene Verfassung« des historischen Blocks zwischen Kapital, Arbeit und Staat bezeichnet (Cox 1987). Dabei hatte er den Korporativismus der 70er Jahre vor Augen. Heute geht es nicht mehr um die Erhaltung und Festigung des korporatistischen historischen Blocks im Rahmen eines Nationalstaats, um Produktionsbedingung und Verteilung des Sozialprodukts innerhalb

Die ökonomischen, vor allem monetären Globalisierungstendenzen erzeugen eine bisher in der Weltgeschichte nicht gekannte Nähe. Wenn sich zwei Jahrhunderte nach Goethe heute »fern in der Türkei« die Völker schlagen, wird dies nicht nur in Echtzeit auf den Telebildschirm gebracht. Es provoziert politische und ökonomische Konvulsionen und entsprechende Reaktionen. Wenn in Tokio die Börsenkurse purzeln, purzeln die Frankfurter und New Yorker Kurse mit dem Rhythmus der Börsenzeiten hinterher, zuletzt 1987 (ein Ereignis, das sich immer wiederholen kann). Die mit fossilen Energieträgern betriebenen Transport- und Kommunikationssysteme senken die »Transaktionskosten« (die von Marx sogenannten Zirkulationskosten) auf ein Niveau, auf dem die räumliche Verortung und zeitliche Bindung der Kapitalakkumulation für mikro- und makroökonomische Entscheidungen fast irrelevant geworden sind. Fast - denn natürlich türmt sich hinter jeder überwundenen Grenze eine neue auf.

So versuchen also Nationalstaaten (und Regionen in ihnen), die verlorene Souveränität über Zinsen, Wechselkurse und Preise - das Zollhaus an der Grenze ist geschlossen; die Währung kann unbeschränkt ein- und ausgeführt werden; bei den Zinsen orientieren sich nicht nur die großen Unternehmen, sondern auch die Zentralbanken am Londoner LIBOR - auf anderem Terrain, in den Grenzen des jeweiligen »Standorts«, bei der Gestaltung der kostenrelevanten Produktionsbedingungen zu kompensieren: durch ein politisches Programm der Herstellung »standörtlicher«, also lokaler und regionaler »systemischer Wettbewerbsfähigkeit« (Eßer u.a. 1994). Sie muß sich möglichst in höherer Qualität der Produkte bei niedrigeren Preisen und höheren Renditen für Kapitalanlagen am »Standort« ausdrücken. Der Staat (das muß nicht unbedingt der Nationalstaat, das können auch regionale politische Einheiten sein) reorganisiert den »funktionalen Raum« der eingeschränkten Souveränität auf allen »Ebenen« (Meta-, Makro-, Meso-, Mikro-Ebene, vgl. Eßer u.a. 1994) gegenüber derjenigen anderer Staaten in der Weltmarkt-Geoökonomie. Er versucht also, wenn schon die wirtschaftspolitische Souveränität verloren gegangen ist, innerhalb der sachzwanghaften neuen Grenzen seine Autonomie zurückzuerlangen (Held 1991: 150). Ziel ist die Verbesserung der Effizienz von Produktion und Vermarktung, die Wettbewerbsfähigkeit der auf Weltmärkten gehandelten Produkte. Die Effizienz allerdings ist entgegen den neoliberalen Lehren nicht einfach Resultat unabhängig operierender Unternehmer und ihrer mikroökonomischen Entscheidungen, sondern von einer Vielzahl von politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen abhängig. In diesem Rahmen

eines Landes oder den »trade off« von Beschäftigung, Einkommen, Preisen und Produktivität in einer nationalen Ökonomie oder um die Inszenierung eines supranationalen »europäischen Korporatismus« (Vobruba).

wird die Frage wichtig, inwieweit sich eine Gesellschaft (und ihre Mitglieder) insgesamt und nicht nur die Marktteilnehmer auf das politische (und nicht nur ökonomische) Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verpflichten (»formieren«) lassen. Die Erzeugung positiver Synergieeffekte durch bewußte, politisch stimulierte Vernetzung von Unternehmen (»Cluster«-Bildung), technologische Impulse, soziale Kooperation zur Anpassung der Institutionen des Systems der industriellen Beziehungen, um die Arbeitskosten zu senken, können als Versuche interpretiert werden, die extraökonomischen Produktivkräfte einer Gesellschaft in ökonomische Produktivitätsgewinne im globalen Konkurrenzkampf umzusetzen.

Wie sehr die kapitalistische Produktionsweise heute als Weltsystem existiert, zeigt die Verbreitung des Ansatzes »systemischer Wettbewerbsfähigkeit«. Wieder ein Beispiel für die »Rationalität der Weltbeherrschung«. Begriffe wie Netzerkennung, Reziprozitätsbeziehungen, Produktivitätspakt zünden das Fünkchen Hoffnung innerhalb des »Kannibalismus der Konkurrenz«, und daher werden überall in der Welt komparative Vorteile gegenüber Konkurrenten zu erzielen versucht - in der »Triade« von Asien, Nordamerika und Europa ebenso wie in Lateinamerika oder Osteuropa. Alle Länder treten also in einen Wettbewerb, wie Alice ins Rennen mit der Königin: Je schneller beide laufen, desto weniger kommen sie voran: »...it takes all the running you can do, to keep in the same place...« (Panitch 1994: 60ff). Während ökonomische Entwicklung durch Industrialisierung und Modernisierung noch ein *absolutes* Maß innerhalb des definierten Bündels von nationalstaatlichen Zielen vorfand (am extremsten als »Aufbau des Sozialismus in einem Land«, und Sozialismus ist ja nach Lenin nichts anderes als Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes nach einem einheitlichen Plan - LW 33: 119), ist das Maß der Wettbewerbsfähigkeit *relativ*. Es ist das Abstraktum der von Konkurrenten gesetzten Standards, das am jeweiligen Standort in einer Raummatrix politisch konkretisiert werden muß. Daraus ergibt sich, daß die Industrialisierung durchaus im Sinne der Herstellung einer (statischen, weil physisch-räumlich fixierten) Struktur - »spatial fix« in der Sprache der Sozialgeographen - national oder regional gelingen kann, daß aber dennoch das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit in der Geo-Ökonomie, abgesehen von den immer möglichen kurzfristigen Erfolgen, keineswegs gesichert ist.

Es ist folglich verständlich, wenn in den modernen Wettbewerbstheorien der Nationalstaat Bezugspunkt der theoretischen Reflexionen bleibt und bleiben muß, wie Messner und Meyer-Stamer (1993) explizit gegen Knieper und andere hervorheben. Auch wenn die Kriterien vom Weltmarkt vorgegeben werden, können die politischen Instanzen doch nur auf begrenztem Territorium autonom handeln. Doch für die Bestimmung des

Raums der Autonomie ist der tradierte Nationalstaat oftmals zu klein, manchmal zu groß. Tendenzen der mikro- und der makroregionalen Auflösung der nationalstaatlichen Souveränität entstehen also gerade dann, wenn politische Instanzen gegenüber den Weltmarktenden einen Bereich der Autonomie abzustecken versuchen. Messner/Meyer-Stamer können ihre These freilich nur durchhalten, indem sie zwischen den beiden Spalten des Schemas und zwischen Deskription, Analyse und normativen Aussagen changieren. Ausgangspunkt sind zwar die *deskriptiven* Charakteristika der Wettbewerbsfähigkeit. Diese werden aber in *normative* Bedingungen der Industrialisierung und Modernisierung transformiert. Dabei können andere in der ökonomischen Analyse identifizierbare »erfolgreiche« Länder oder Weltmarktregionen als Beispiele, gewonnen aus vergleichenden Analysen, dienen (Fajnzylber 1991), an denen sich Wettbewerbspolitik orientieren kann. Doch gerät bei diesen Überlegungen der simple Sachverhalt der Relativität und Interferenz von Modernisierungsstrategien aus den Augen. Industrialisierung und Modernisierung sind wie ein »positionelles Gut« (Hirsch 1980), das einige erreichen und nutzen können, das aber unvermeidlich seine Charakteristika als gelungene Modernisierung und Industrialisierung verliert, wenn alle Weltmarktregionen erfolgreich sein sollten. Schlicht ausgedrückt: Es ist ökologisch gerade noch tragbar, daß 400 Millionen Automobile den Erdball »bevölkern«; es dürfte zur ökologischen und sozialen Katastrophe führen, wenn in allen Weltregionen die Automobildichte von Los Angeles oder Berlin oder auch nur von Sao Paulo realisiert würde (dazu ausführlicher Altvater 1991, 1992).

Doch benutzen die Wettbewerbstheoretiker einen Trick, um der Ausweglosigkeit dieser Schlußfolgerung aus dem selbstentworfenen theoretischen Szenario zu entgehen. Sie lösen, nachdem sie sie gerade noch als Bezugspunkt hervorgehoben haben, die Geoökonomie des Weltmarkts in »Nischen« auf, die jedes Land »besetzen« könne. Der Weltmarkt als ein Puppenstubenladen, wo jedes Land mit seinem Modell spielen kann. Die Vorstellung ist nur so lange überzeugend, wie der Wettbewerb in einer Branche und nicht die Konkurrenz zwischen verschiedenen Branchen betrachtet werden. »Nischen besetzen« heißt dann ja nichts anderes als die Erfindung einer Branche, in der ein Produktbündel mit spezifischem Gebrauchswert, Design, technischem Gehalt etc. produziert werden kann, das es mit diesem Gebrauchswert zu dem jeweiligen Preis sonst nicht gibt. Das auf den Weltmarkt geworfene Produkt ist also »nicht-traditionell«, auch wenn es sich dabei um wenig verarbeitete und daher für die interne Modernisierung möglicherweise wenig nützliche (in vielen Fällen sogar schädliche) »nicht-traditionelle« agrarische Rohstoffe handeln sollte: Blumen aus Costa Rica und Kolumbien, Chirimoje aus Chile, Mamao aus

Brasilien, Barsche aus dem Victoria-See. Erst wenn in der Konkurrenz zwischen den Branchen die Rentabilitätsstruktur dazu führt, daß Kapital in moderne Sektoren fließt und nicht in »nicht-traditioneller« Agrar- und sonstiger Produktion fixiert wird, könnte Modernisierung gelingen. Jedoch sind dafür die infolge der Nischenstrategien entstehenden internen terms of trade in vielen Fällen eher hinderlich.

Bei der Suche nach den Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit von »Standorten« wundert es nicht, daß die Theorien von Friedrich List (1841) oder Alfred Marshall (1890) wiederentdeckt werden (Fallows 1993a, 1993b). Die »institutionalistischen« Ausführungen von Alfred Marshall über »site effects« und »external economies« bieten den theoretischen Bezugspunkt für wettbewerbspolitische regionale Cluster-Bildung oder die politische Inszenierung von Netzwerken zwischen Unternehmen, aber auch zwischen Unternehmenssektor Bildungs- und Wissenschaftssystem. Unternehmen sind, wie Karl Polanyi (1979) in anderem Zusammenhang betonte, in soziale Beziehungen »eingebettet«, und gerade diese Einbettung wird vom Wettbewerbsstaat als Produktivkraft zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von »Standorten« zu mobilisieren versucht. Daher wird der »Gesellschaftsvertrag« wichtig, d. h. der Versuch, die Gesellschaft insgesamt auf die Herstellung nationaler oder regionaler Konkurrenzbedingungen im Kontext eines dynamischen Weltmarkts einzuschwören. Ob freilich Netzwerke unter Konkurrenzbedingungen entstehen und dauerhaft etabliert werden können und ob sie, wenn sie denn existieren, nicht auch Innovationen behindern können, ist eine offene Frage (vgl. dazu den Beitrag von Dirk Messner in diesem Heft).

Die Rede vom »Gesellschaftsvertrag« stellt sich also mehr und mehr als eine Pandorabüchse heraus. Das Projekt des Gesellschaftsvertrags wird als die Explikation eines sozialen Minimalkonsenses ins Spiel gebracht, der für die »Entwicklung nationaler Steuerungsfähigkeit« (Eßer u.a. 1994: 18ff) unverzichtbar ist. Politische Steuerung erhält nun die Funktion, die soziale Defensive der »Vergemeinschaftlichung« in eine ökonomische Offensive der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu verwandeln. Dabei ergeben sich freilich eine Fülle von Problemen, von denen nur zwei abschließend angedeutet werden sollen.

Erstens: Jeder Vertrag ist zeitlich und räumlich und hinsichtlich der Vertragspartner begrenzt. So wie er die Dazugehörigen einschließt, schließt er die Nicht-Dazugehörigen aus. Unter Bedingungen der traditionellen Nationalität mag ja ein nicht exkludierender Gesellschaftsvertrag vorstellbar gewesen sein, da die Nation wie selbstverständlich und nicht hinterfragt die Arena der Dazugehörigen bildete. Der Ausschluß der »anderen« implizierte ebenso selbstverständlich ihren Einschluß in einen anderen Natio-

nalstaat; die hier Dazugehörigen sind woanders Fremde und umgekehrt. In dem Maße, wie sich aber der Nationalstaat auflöst und der Begriff der Nation als Attribut der Staatsbürgerschaft fragwürdig wird, bedürfen Einschluß wie Ausschluß in den bzw. aus dem Gesellschaftsvertrag einer speziellen und einsichtigen Begründung. Schon immer war es naheliegend, den »charmed circle« zu bestimmen, indem andere als »Barbaren«, als Ausländer, Fremde, die »Anderen« rassisch, ethnisch, religiös ausgegrenzt worden sind. Das sind, wie die ethnischen »Säuberungen« in Jugoslawien, im Herzen des europäischen Kontinents, von dem die Rationalität der Weltbeherrschung ihren Ausgang nahm, erschütternd zeigen, keine Kriterien der Vergangenheit. In den modernen »Wettbewerbsstaaten« ist »Japan bashing« eine Übung, die mit der Konstruktion des Feindbilds der eigenen Identität der zu einer Wettbewerbsgemeinschaft Dazugehörigen förderlich ist (Luttwak 1994: 49f). Selbst ein globaler Gesellschaftsvertrag ist vor dieser Gefahr nicht gefeit, ist doch die »Weltordnung«, neu oder alt, nur die Kehrseite einer »Weltunordnung«, die schwerlich unter den Hut eines globalen Gesellschaftsvertrags gebracht werden kann. Der Gesellschaftsvertrag verspricht also alles andere als Harmonie, er kann in den neonationalistischen, wohlstandschauvinistischen Diskurs überführt werden und das Gegenteil dessen bewirken, was wohlmeinende Initiatoren beabsichtigten. Er kann unter diesen Umständen sogar als »Produktivitätspakt« scheitern. *Zweitens* aber tendieren die Auflösung des Nationalstaats und die Entstehung von »Wettbewerbsgemeinschaften« mehr und mehr zur Bildung von neuen Einheiten, auf die die traditionellen (und die neuen) Staatsfunktionen übergehen. In dieser Situation wächst die Neigung zu einem »Makro-Regionalismus«, d. h. zur Bildung regional integrierter Wirtschaftsräume (die EG, die EFTA, später NAFTA) ebenso wie die Tendenz zum »Mikro-Regionalismus« unterhalb der Nationalstaaten - mit der Tendenz, daß diese politisch desintegriert werden (Cox 1993) und die Gesellschaften infolge des modernen Ethnizismus einem ideologischem Streß ausgesetzt werden. Den Nationalstaaten werden so tatsächlich traditionelle Souveränitätsrechte aus der Hand genommen. Vom Wettbewerbsstaat führt der Weg also direkt zur »Triadisierung« der Weltwirtschaft, zu einer neuen Form der Konkurrenz, die durchaus militante Züge annimmt. Die gleichen Leute, die gerade Kultur und schöne Künste als »weiche« Standortfaktoren identifiziert hatten, schreiben, die »Triadenkonkurrenz« im Nacken, harte Bücher über »the coming economic battle between Japan, North America and Europe« (Thurow 1993). Es wird danach gefragt, »Who bashed whom?« (Laura Tyson), »Export« wird zur »Waffe« (Seitz o.J.) im »Weltwirtschaftskrieg« (Luttwak 1994). Da werden von Wettbewerbsfanatikern Flaggen ge

schmäht und Markenzeichen mißbraucht. Nach Carl Schmitt besteht Politik darin, den Feind zu definieren, Grenzen zwischen den Dazugehörigen und den anderen ziehen zu können und so die Nation zu konstruieren. Die Grenze zwischen dem »bösen«, dem »unfairen«, dem »hinterhältigen« Feind und »uns«, die doch nur legitime Interessen wahrnehmen, wird zu einer Grenze zwischen dem Bedrohlichen da draußen auf dem Weltmarkt und dem zu Schützenden am Standort drinnen. Der Wettbewerbsstaat ist also nicht unbedingt friedlicher Handelsstaat. Er definiert sich gegenüber anderen nationalen oder regionalen Wettbewerbsstaaten in der Konkurrenz. Lenin hatte den Imperialismus seiner Zeit unter anderem noch dadurch gekennzeichnet - und so die Aggressivität begründet, die zum Ersten Weltkrieg führte -, daß die Konkurrenz von Kapitalen in die Hand von Staaten genommen und daher mit staatlichen Mitteln, zu denen in letzter Instanz der militärische Einsatz gehöre, ausgetragen würde. Nach innen der Gesellschaftsvertrag und die Gemeinschaft der »Wettbewerbsbürger«, nach außen der Kampf um Märkte. Nach innen freundliche Sitten und Seiten, nach außen der Kannibalismus der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, wo auf dem Altar von »Saint Compétitivité« (*Le Monde Diplomatique*) Opfer gebracht werden. So kommt doch der traditionelle Nationalstaat, in neuer und höchst unsympathischer Gestalt zurück - als Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten. Tatsächlich eröffnen ja die Globalisierung ökonomischer und die Not ökologischer Problemlagen durchaus die Chance und sie begründen die Notwendigkeit für einen globalen Gesellschaftsvertrag - der aber schon jetzt ein Opfer des »Weltwirtschaftskriegs« in der neuen Geo-Ökonomie geworden ist.

Literatur

- Albrecht, Ulrich (1994): Weltordnung und Vereinte Nationen, in: *PROKLA* 95, S.242-256.
- Altvater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien*, (VSA) Hamburg.
- Altvater, Elmar (1991): *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus«*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Altvater, Elmar (1992): *Der Preis des Wohlstands. Umweltschädigung in der neuen Welt(un)ordnung*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Altvater, Elmar (1994): Beschäftigungspolitik jenseits von Nationalstaat und »Arbeitszentriertheit«, in: *WSI-Mitteilungen*, Juni 1994, 47. Jg., S.346-357.
- Arendt, Hannah (1955): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, (Europa Verlag) Frankfurt/Main.
- Autorenkollektiv (1967): *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem. Bd. 1 Entstehung*, (Staatsverlag der DDR) Berlin.
- Baran, Paul A. (1968): *Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft*, (Suhrkamp) Frankfurt.
- Bahro, Rudolf (1977): *Die Alternative*, (EVA), Frankfurt.

- Barros de Castro, Antonio; Pires de Souza, Francisco (1985): *A economia brasileira em marcha forçada*, (Paz e terra) Rio de Janeiro.
- Beaud, Michel (1994): Le basculement du monde, in: *Le Monde Diplomatique*, Octobre 1994, S.16-17.
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen* (Suhrkamp) Frankfurt/Main.
- Bonder, Michael; Röttger, Bernd; Ziebura, Gilbert (1993): Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft, in: *PROKLA* 91, S.327-341.
- Brandt, Karl; Eucken, Walter; Gerloff, Wilhelm; Löb, Rudolf; Lange, Karl (1932): *Autarkie. Fünf Vorträge*, (Rowohlt) Berlin.
- Braudel, Fernand (1986): *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts - Aufbruch zur Weltwirtschaft*, München.
- Brock, Lothar (1992): Die Dritte Welt in ihrem fünften Jahrzehnt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (B 50) 4. Dezember 1992, S.13-23.
- Buci-Glucksmann; Therborn, Göran (1982): *Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft*, (VSA) Hamburg.
- Cardoso, Fernando Henrique (1973): Das »Brasilianische Entwicklungsmodell«; Daten und Perspektiven, in: *Probleme des Klassenkampfes* 6, S.75-98.
- Chenery, H.B./ Strout A.M. (1966): Foreign Assistance and Economic Development, in: *American Economic Review*, No. 56.
- Cox, Robert (1987): *Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History*, (Columbia University Press) New York.
- Daly, Herman E.; Cobb, John B. Jr. (1989): *For the Common Good*, (Beacon Press) Boston.
- de Vroey, Michel (1991): Der Markt - von wegen einfach, in: *PROKLA* 82, S.7-22.
- Deppe, Frank (1994): Ein neuer Gesellschaftsvertrag. Anmerkungen zu einem transnationalen Krisendiskurs, in: *Sozialismus* 7/94, S.25-37.
- Durkheim, Emile (1983): *Der Selbstmord*, Frankfurt/Main.
- Esping-Anderson, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, (Princeton University Press) Princeton.
- Eßer, Klaus (1993): Lateinamerika - Industrialisierung ohne Vision, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik: *Neue Determinanten internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Erfahrungen aus Lateinamerika und Ostasien*, Berlin.
- Eßer, Klaus; Hillebrand, Wolfgang; Messner, Dirk; Meyer-Stamer, Jörg (1994): Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, *Berichte und Gutachten* 11/1994, Berlin.
- Eucken, Walter (1959): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, (Rowohlt) Reinbek.
- Fajnzylber, Fernando (1991a): Sobre la Impostergable Transformación Productiva de América Latina, in: *Análisis Económico*, No. 16, Jan-Apr. 1991, Vol. IX, Mexico, pp. 97-138.
- Fajnzylber, Fernando (1991b): Transformación Productiva con Equidad, in: Schatan, Jacobo (ed): Crecimiento o Desarrollo - Un debate sobre la sustentabilidad de los modelos económicos, (Santiago de Chile).
- Fallows, James (1993a): Looking at the Sun, in: *The Atlantic Monthly*, November 1993, S.69-100.
- Fallows, James (1993b): How the World Works, in: *The Atlantic Monthly*, December 1993, S.61-87.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): *The Entropy Law and the Economic Process*, (Harvard University Press) Cambridge, London.
- Gerschenkron, Alexander (1962): *Historical Backwardness in Perspective: A Book of Essays*, (Harvard University Press) Cambridge, Mass.
- Hayek, Friedrich August Frhr. von (1980): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Bd. 1, München.
- Hein, Wolfgang (1993): Elmar Altvater: Entropie, Syntropie und die Grenzen der Metaphorik, in: *Peripherie* 51/52, Dezember 1993, S.155-170.

- Held, David (1991): Democracy, the Nation-State and the Global System, in: *Economy and Society*, 20:2, S.138-172.
- Hengsbach, Friedhelm u.a. 1994): *Solidarität am Standort Deutschland. Eine Erklärung von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern*, (Eigenverlag) Frankfurt.
- Hilferding, Rudolf (1927): *Organisierter Kapitalismus - Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik*, Sozialdemokratischer Parteitag in Kiel.
- Hirsch, Fred (1980): *Die sozialen Folgen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*, Reinbek.
- Hirsch, Joachim (1994): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und »radikaler Reformismus«, in: *Das Argument* 203, S.7-21.
- Hirst, Paul; Zeitlin, Jonathan (1991): State, democracy, socialism: introduction, in: *Economy and Society*, 20:2, S.133-137.
- Holloway, John (1993): Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat, in: *PROKLA* 90, S.12-33.
- International Monetary Fund (1994): *World Economic Outlook*, May 1994, Washington D.C.
- Keane, John (1988): *Democracy and Civil Society. On the Predicaments of European Socialism, the prospects for Democracy, and the Problem of Controlling Social and Political Power*, (Verso) London, New York.
- Kennedy, Paul (1993): *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*, (S. Fischer) Frankfurt.
- Keynes, John M. (1929): The German Transfer problem, in: *The Economic Journal*, Vol. XXXIX, S.1ff.
- Keynes, John M. (1936): *The General Theory of Employment, Interest and Money*, (Macmillan, Repr. 1964) London, Melbourne, Toronto.
- Knieper, Rolf (1991): *Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung*, (Fischer) Frankfurt.
- Knieper, Rolf (1993): Staat und Nationalstaat. Thesen gegen eine fragwürdige Identität, in: *PROKLA* 90, S.65-71.
- Koch, Claus (1993): Zivillisation der Arbeitslosigkeit oder Vor dem Ende des Nationalstaats, in: *Merkur*, Heft 353, S.927-939.
- Köppen, Ruth (1994): *Armut und Sexismus*, (Elefanten Press) Berlin.
- Krugman, Paul (1994): Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: *Foreign Affairs*, March/April 1994, S.28-44.
- List, Friedrich (1841): *Das nationale System der politischen Ökonomie*, (Akademie-Verlag) Berlin 1982.
- Luttwak, Edward N. (1994): *Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe - aus Partnern werden Gegner* (Rowohlt) Reinbek.
- Marshall, Alfred (1890): *Principles of Economics*, (Macmillan) London 1964.
- Marshall, T. H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, (Campus) Frankfurt/ New York.
- Menzel, Ulrich (1992): *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*, (Suhrkamp) Frankfurt.
- Messner, Dirk; Meyer-Stamer, Jörg (1993): Die nationale Basis internationaler Wettbewerbsfähigkeit, in: *Nord-Süd aktuell*, Jg. VII, Nr. 1, S.98-111.
- Miller, Lynn H. (1994): *Global Order. Values and Power in International Politics*, (Wetsview Press) Boulder, San Francisco, Oxford.
- Mistral, Jaques (1986): Régime international et trajectoires nationales, in: Boyer, Charles (ed.): *Capitalisme fin de siècle*, Paris, S.167-201.
- Müller-Plantenberg, Urs (1991): Marktwirtschaft und Demokratie in lateinamerika, in: *PROKLA* 82, S.74-89.
- Mundell, R.A. (1968): *International Economics*, New York, London.
- Murray, Robin (1990): Fordismus und sozialistische Entwicklung, in: *PROKLA* 81, S.91-122.
- Narr, Wolf-Dieter; Schubert, Alexander (1994): *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, (Suhrkamp) Frankfurt.

- Panitch, Leo (1994): Globalisation and the State, in: *Socialist Register 1994*, ed. by Ralph Miliband and Leo Panitch, (Merlin Press) London, S. 60-93.
- Paschukanis, E. (1929/1966): *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, (Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation*, (Suhrkamp) Frankfurt/Main.
- Polanyi, Karl (1979): *Ökonomie und Gesellschaft*, (Suhrkamp) Frankfurt/Main.
- Pollock, Friedrich (1934): Bemerkungen zur Wirtschaftskrise, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jahrg. II, Paris 1934.
- Porter, Michael E. (1990): *The competitive Advantage of Nations*, (MacMillan) London.
- Röpke, Wilhelm (1945): *Internationale Ordnung*, (Eugen Rentsch) Erlenbach-Zürich.
- Rosecrance, Richard (1986): *The Rise of the Trading State. Commerce and Conquest in the Modern World*, New York.
- Samuelson, Paul A. (1967): *Volkswirtschaftslehre*, Band I, (Bund-Verlag) Köln.
- Scharpf, Fritz (1987): *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, (Campus) Frankfurt und New York.
- Scherrer, Christoph (1994): Critical International Relations. Kritik am neorealistischen Paradigma der Internationalen Beziehungen, in: *PROKLA* 95, S.303-323.
- Schwengel, Hermann (1991): Soziale Frage - Demokratische Frage - Kulturelle Frage. Die drei politischen Welten der Marktwirtschaft, in: *PROKLA* 82, S.35-48.
- Seitz, Konrad (o.J.): *Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben*, Bonn.
- Sennler, Willi (1990): Markt- und Nicht-Marktförmige Regulierung: Neuere Tendenzen in der Theorie, in: *PROKLA* 82, 21. Jahrg. 1991, S. 23-34.
- Späth, Lothar (1985): *Wende in die Zukunft*, (Rowohlt) Reinbek.
- Thorp, Rosemary (1984): *Latin America in the 1930s*, (Oxford University Press) Oxford.
- Thurow, Lester (1993): *Head to Head. The Coming Economic Battle Among Japan, Europe, and America*, (Warner Books) New York.
- Tinbergen, Jan (1967): *Modelle zur Wirtschaftsplanung*, (Kindler) München.
- Walther, Rudolf (1982): Exkurs: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhard (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart, S.787-815.
- Weißbuch 1993: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, Beilage 6/1993, Brüssel.

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

UNSER KENNENLERNANGEBOT:
Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein
und wir senden Ihnen zwei Probehefte.

(Heft 52)

Dienstleistung – Befreiung aus feudaler Entmündigung?

Ziebarth: Abschied vom Klienten.
Ein Organisations- und Handlungsmodell im Amt für Soziale Dienste als Jugendamt vor Ort ● Effinger: Soziale Arbeit als Kundendienst – Innovation oder Regression? Professionelle Begleitung in schwierigen Lebenspassagen ● Lindenberg / Schmidt-Semisch: Gefangene Könige oder: Ordnung als Dienstleistung ● May: Soziale Dienstleistungsproduktion und Legitimationsprobleme des Sozialstaates ● Schaarschuch: Soziale Dienstleistungen im Regulationszusammenhang ● Forum ● Magazin
120 Seiten, DM 16,-

Bezugsbedingungen: Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,- DM, Einzelheft 16,- DM, O: 40,- DM, Einzelheft 10,- DM, StudentInnenabo 40,- DM
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63062 Offenbach